

KURZFASSUNG

TOBINSTEUER – „SAND INS GETRIEBE“ DER FINANZMÄRKTE UND EIN BEITRAG ZU VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

Leonhard Plank/Cornelia Staritz

Die Tobinsteuer ist ökonomisch sinnvoll, technisch machbar und würde zu mehr Verteilungsgerechtigkeit beitragen. Der größte Knackpunkt ist der politische Wille. Es gibt massive Interessen gegen die Einführung. In erster Linie kommt der Widerstand von Banken und anderen institutionellen Anlegern, die von der Volatilität der Finanzmärkte profitieren und denen Gewinnchancen in zweistelliger Milliardenhöhe entgingen. Wichtige Gegner der Tobinsteuer sind aber auch Regierungen, allen voran die Regierung der USA. Auch wichtige EU-Institutionen wie die Europäische Zentralbank und die Europäische Kommission sowie Großbritannien, das mit London den größten Devisenplatz weltweit hat, sind gegen die Einführung der Tobinsteuer.

Aber auch im Bereich der politischen Umsetzbarkeit hat sich einiges getan. Die Finanzkrisen der 1990er- und 2000er-Jahre und der Druck von zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Attac haben das Thema Finanzmarktregulierung und Tobinsteuer nachhaltig in die öffentliche Debatte gebracht. Das Interesse der Entwicklungsländer, die bisher am schwersten von instabilen Finanzmärkten betroffen sind, steigt. Innerhalb der Industrieländer plädieren das kanadische, französische, belgische und seit 2006 das österreichische Parlament und die schwedische, belgische, norwegische und spanische Regierung für die Einführung der Tobinsteuer.

Neben der Tobinsteuer wären auch andere Finanztransaktionssteuern sinnvoll, um die Finanzmärkte zu stabilisieren, realwirtschaftliche Transaktionen zu stärken und mehr Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen, wie Transaktionssteuern auf den Anleihen-, Aktien- (Börsenumsatzsteuer) und Derivatemärkten. Idealerweise sollte die Tobinsteuer mit diesen Finanztransaktionssteuern kombiniert werden.

Die Tobinsteuer ist kein Allheilmittel, sie ist aber – neben anderen Instrumenten – ein wichtiges Instrument zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte und zur Erreichung von mehr Verteilungsgerechtigkeit.